

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag“ o. B. u. S. D.  
Breslau 1, NikolajstraÙe 49/50.

# Schlesische

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Verleger: Ring 88/7. — Telegr.-Adresse: Kretz-Dreslau.  
Redaktion: Breslau 1, NikolajstraÙe 49/50.

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6.—Mk. für den Monat. Durch die Post: 6,10 Mk. für den Monat. Postfachkonto: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag“ o. B. u. S. D., Breslau. Anzeigenpreise: Die gespaltene Mikrometerzeile über deren Raum 0,90 Mk., answärts 1,00 Mk. Sicilien- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereine- und Versammlungs-Anzeigen 0,50 Mk. Reklame: Die Reklamezeile, dreispaltig über deren Raum, fünfter Teil 3.—Mk.

## Der Reichskanzler gegen die Anhänger der 3. Internationale

### England.

#### Der halbe Sieg.

Die englischen Bergarbeiter sind von ihrer Führerschaft in einen halben Sieg hineinverhandelt worden.

Die Grundlage des Friedensschlusses ist:

- a) die Forderung der Arbeiter (2 Schilling Lohnerhöhung) ist bewilligt;
- b) die Forderung der Unternehmer, die darauf hinausläuft, diese 2 Schilling aus den Knochen der Arbeiter wieder herauszuholen, ist auch bewilligt;
- c) die Forderung der Arbeiter, nach der die Unternehmer die Betriebe technisch besser ausbauen sollen, ist weder bewilligt noch abgelehnt. Die Regierung will für diese Vervollkommnung eintreten, aber den Arbeitern ist keinerlei Kontrollrecht darüber zugestanden.

#### Arbeitsaufnahme am 1. November.

London, 27. Oktober. Der „Manchester Guardian“ meldet: Der Streik der Bergleute ist beigelegt. Die Bergleute werden am 1. November die Arbeit wieder aufnehmen. Die Regierung gewährte ihnen eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Schilling. Das Exekutivkomitee der Bergleute erklärte sich bereit, die Verantwortung für die Steigerung der Kohlenförderung auf sich zu nehmen.

#### Die Seeblockade aufgehoben.

Moskau, 26. Oktober. „Rossa Wien“ (in Christiania). Die englische Flotte, die im baltischen Meer war, ist nunmehr nach England zurückgekehrt, da infolge des Friedensschlusses zwischen Polen und Sowjetrußland, von englischer Seite eine Aufforderung erfolgte, die Seeblockade aufzuheben.

#### Eisenbahnerstreik in Polen.

Stocholm, 26. Oktober. Der Eisenbahnerstreik in Polen breitet sich auch auf Galizien aus. In Krakau hielten die Eisenbahner Passagier-, Güter- und Militärzüge an.

#### Streiks in Indien.

London, 20. Oktober. „Rossa Wien.“ Aus Kalkutta wird gemeldet: Im Bezirk Darbhampur brachen Streikunruhen aus, bei welchen 5 Europäer ernstlich verletzt wurden. Gegen 7000 Arbeiter verlangen Lohnerhöhungen. In Deoband wurde das Haus des Verwalters angegriffen und zerstört. Der Gehilfe des Verwalters, zwei Polizisten und Fuzil, der Vorstand der Polizei, die zur Unterstützung aus Dibrugaher angekommen waren, wurden von den Streikenden verprügelt. Militärpolizei, die zur Verstärkung in die Streikgegend geschickt wurde, verhaftete 50 Streikführer.

Die Arbeiter lehnen zur Arbeit nicht zurück, der Streik greift immer weiter um sich. Die Behörden Indiens unterdrücken alle Nachrichten über diese Bewegung.

London, 19. Oktober. „Rossa Wien.“ Aus Bombay wird gemeldet: Die Streiks nehmen hier immer größeren Umfang an. Die Arbeiter der Gaswerke legten aus Protest gegen die Verhaftung ihrer Führer die Arbeit nieder. Die Stadt ist ohne Licht. Die Gleise der Great Indian Peninsula Railway streiken. Der Streik der Post- und Telegraphenangestellten dauert an.

#### Nadel über die revolutionäre Klärung in der englischen Arbeiterschaft.

D. E. In einem Artikel „Lloyd George, Henderson und der Kommunismus“ schreibt Nadel in der „Rosa Wien“: „In der revolutionären Situation, welche sich von Tag zu Tag deutlicher in England abzeichnet, hat sich die Gefahr eines wachsenden Einflusses des Kommunismus gezeigt, die Gefahr, daß die kommunistische Partei die Arbeitermassen Englands mit revolutionärer Gefährdung bewußt und es so unmöglich machen würde, daß die Sozialdemokraten und ferner die revolutionären Massen durch revolutionäre Worte von revolutionären Taten abhalten.“ Der Herr Thomas, Henderson, Shaw geht das Spiel mit der Revolution und die Duldsamkeit gegen die Kommunisten ebenso über die Kräfte, wie Herr Lloyd George das Spiel mit Sowjetrußland.

### Der Terror als System.

#### Der weiÙe Terror in Amerika.

Aus Birmingham wird gemeldet: Hier wurden alle Versammlungen der streitenden Kohlengrubenarbeiter verboten. Die Arbeiter versuchten trotzdem Versammlungen abzuhalten, diese wurden aber vom Militär gesprengt.

#### Arbeiterverfolgungen auf dem Balkan.

Athen. Einer der besten Kämpfer der jungen proletarischen Bewegung Griechenlands, Panagiotis Secos, ist im Gefängnis von Cavalla ermordet worden.

#### Die Verfolgungen der Gewerkschaften in Polen.

Der Redakteur des „Zwiazkowca“, Zdanowski, wurde zu vier Jahren schwerenerkers verurteilt, weil er am 15. November die Resolution der Minderheit im „Zwiazkowca“, die bei einer Sitzung dem Zentralkomitee zur Annahme vorgeschlagen war, zum Abdruck gebracht hat. Es ist bemerkenswert, daß Zdanowski nach § 129 des zaristischen Strafrechtes abgeurteilt wurde, nach welchem im zaristischen Rußland der Angeklagte höchstens mit einem Jahr leichten Gefängnis abgeurteilt werden konnte. Zdanowski, eine der markantesten Persönlichkeiten der polnischen Arbeiterbewegung, ist der ehemalige Sekretär der Zentralkommission der polnischen Gewerkschaften, deren Zentralorgan seine Zeitung „Zwiazkowca“ ist.

#### Die rumänische „Dhrawa“.

Die politische Polizei (Siguranga) leistet unter Führung des bekannten Siguranzachefs Apostolsky erfolgreiche Arbeit. Diese Aufgabe besteht nicht darin, politische Verbrecher ihrer Strafe zu überliefern, sondern um jeden Preis politische Verbrecher herbeizuschaffen, um auf diese Weise ihre Existenzberechtigung und die hohen Gehälter, die einen selbständigen Posten im rumänischen Budget ausmachen, zu rechtfertigen. Die europäische Presse berichtet oft über den ungarischen weißen Terror und ruft zum Kampf gegen die Horthy-Bande auf. Die rumänischen Zeitungen wissen zwar vieles über den bolschewistischen Terror zu erzählen, aber von alledem, was in Bessarabien vorgeht erwähnen sie kein Wort. Das bessarabische Proletariat befindet sich in einer fürchterlichen Lage und es ist Pflicht der internationalen Arbeiterschaft, nicht Worte des Trostes zu sprechen, sondern opferfreudige Taten für die Befreiung der Unglücklichen in Bessarabien zu vollbringen.

#### Die polnischen Pogroms.

„Rossa Wien.“ Die in Prag erscheinende Zeitung „Bolsja Rossija“ berichtet über die Eindrücke eines aus Polen zurückgekehrten Amerikaners. Diese Berichte verdienen laut dem „Bulletin d'information pour la Russie“ volles Vertrauen. „Unser Freund“, heißt es in diesem Bulletin, „hat sich in Lemberg mit eigenen Augen davon überzeugt, daß dort polnische Proklamationen an die Mauern geklebt werden, mit der Unterschrift der Heeresverwaltung, in denen die Soldaten aufgefordert werden, die Juden zu erschlagen. Der Amerikaner hat die verschiedenen Sektoren der polnischen Front besucht und auch die polnische Offizierszone in der Ukraine in Weißrußland. Ueberall fand er die Spuren der unglaublichsten Grausamkeiten, die polnische Soldaten an der jüdischen Bevölkerung verübt haben. Hier kann man schon nicht mehr von Pogromen sprechen, es ist vielmehr die systematische Vernichtung eines ganzen Volkes.“

#### Ein Hundertmilliarden-Gesetz.

Dem Reichstag ist dieser Tage der Reichshaushaltsplan für 1920 zugegangen. Er schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 92 470 881 872 Mark ab und zwar entfallen im ordentlichen Haushalt an Einnahmen 39 391 562 733 Mark, an fortwährenden Ausgaben 35 343 647 032 Mark und an einmaligen Ausgaben 4 547 915 701 Mark, der außerordentlichen Haushalt weist in Einnahmen und Ausgaben 52 579 319 139 Mark auf. Auf den ersten Blick erscheint es, als ob Einnahmen und Ausgaben des Reiches sich im schönsten Gleichgewicht befänden. Dieses Gleichgewicht konnte jedoch nur dadurch hergestellt werden, daß dem Finanzminister die Vollmacht gegeben wurde, im Wege der Anleihe die fehlenden 3 284 100 000 Mk. flüssig zu machen.

### Reichstag.

#### 22. Sitzung. Berlin, den 27. Oktober.

Herr Fehrenbach, Reichskanzler, hielt eine kapitalistisch-nationalistisch-kirchlich-spießbürgerliche Rede mit Scharmacher-Tendenzen gegen die Anhänger der dritten Internationale. Zwei Stellen aus dem Saim verdienen hervorgehoben zu werden. Er sagte:

Ein Teil unserer Bevölkerung hat leider den russischen Terroristen sein Ohr geöffnet. Die deutschen Arbeiter haben in Rußland selbst erfahren, wie die Dinge dort liegen. Das deutsche Volk wird keine Reizung haben, die russische Methode anzunehmen. Solche Methoden der Gewalt werden wir auch mit Gewalt abwehren. (Beifall.) Das Recht politischer Betätigung wird nicht angetastet, aber das Gesetz muß beachtet werden. Die kommunistische Partei bekennet sich zur Moskauer Gewaltpolitik. Solche Grundsätze haben den Bürgerkrieg zur Folge. Wer zu Moskau schwört, will den Umsturz des Reiches durch blutige Gewalt und Bürgerkrieg. Er stellt sich dann außerhalb der Rechtsordnung. Für russische Agitatoren, die den Bürgerkrieg predigen, ist in Deutschland kein Raum. (Lebhafter Beifall.)

#### Eine andere Stelle:

Wir stehen mitten in einer Ernährungskrise. Es wird schwer sein, über den Winter hinwegzukommen. Das Kabinett hat an diesen Schwierigkeiten keine Schuld. Es hat lediglich das Erbe seiner Vorgänger übernommen. Der Abbau der Zwangswirtschaft hat zur Feststellung der Tatsache geführt, daß die Zwangswirtschaft längst zusammengebrochen war. Keine Regierung besitzt die Mittel, sie gegenwärtig wieder aufzubauen.

Das heißt, daß gegen die Wucherer nicht vorgegangen wird, weil man nicht will und kann, während die Anhänger der dritten Internationale zum Freiwillig erklärt werden.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Reichshaushalts. Mit ihr verbunden werden die Interpellationen über die Entwaffnung der Bevölkerung und die Vernichtung der Dieselmotoren.

Reichskanzler Fehrenbach: Hoffentlich wird die maßvolle Arbeit, die dem Reichstage bevorsteht, dem Lande zum Segen gereichen. Man hat uns nur eine kümmerliche Polizeitruppe gelassen, die kaum die Ruhe im Innern sichern kann. Das Schicksal lastet schwer auf uns. Das Ausland sollte uns daher den kalten Hohn ersparen. Nach allem, was Deutschland geleistet hat, hat es immer noch Anspruch auf Achtung der Völker. Unsere Lage ist die: Wir sind mit-

Wer die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ durch Austräger oder Kolporteur nicht bekommen kann, bestelle sie sofort bei der nächstgelegenen Postanstalt.

Unterzeichnete bestellt hiermit die

## Schlesische Arbeiter-Zeitung

Erscheinungsort Breslau

für den Monat .....

Bezugspreis pro Monat 5,40 Mark einschl. Bestellgeld.  
(Der Beitrag ist vom Briefträger einzulassen.)

Name u. Stand: .....

Wohnort: .....

Straße u. Haus-Nr. ....

Falls ein Postamt die Annahme der Bestellung verweigert, schreibe man sofort an die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, Breslau 1, NikolajstraÙe 49/50.

tätlich gebrochen, politisch stillgelegt und ringen wirtschaftlich nach dem längsten Leben. Ein Volk in solcher Lage darf keinen Abenteuerern ausgesetzt werden. Der kleinste Fehler kann die größten Folgen haben. In den politischen Abgrund hätte es uns gestürzt, wenn wir im russisch-polnischen Krieg nicht strengste Neutralität gewahrt hätten. Unberührt durch Phantastereien sind wir den geraden Weg gegangen. Gegenüber allen Anfechtungen haben wir unsere Politik durchgehalten. Wir haben Anstrengungen gesehen, die den deutschen Arbeiter vor den russischen Kriegswagen spannen wollten. Der gesunde Geist unseres Volkes wird solchen Versuchen auf die Dauer begegnen.

Unsere Außenpolitik ist zwangsläufig. Einen deutschen Militarismus gibt es nicht mehr. (1) Militärisch sind wir gegenwärtig bedeutungslos und jeder Machtpolitik fremd. Dagegen besteht wohl ein Anspruch Frankreichs auf die Hegemonie im Kontinent. Frankreich hat eine gewaltige Militärmacht. Daß die militärischen Entfaltungen notwendig wären, um das zerrüttete Deutschland niederzuhalten, das wird die Welt nicht mehr allzulange glauben. Von deutscher Seite ist jedenfalls kein Hindernis mehr, um dem großen Gedanken der Abrüstung überall zum Siege zu verhelfen. Wir warten darauf, daß die großen Militärmächte von heute dem Beispiel folgen, das wir nach ihrem Willen gegeben haben. Nach dem Friedensvertrage soll die deutsche Abrüstung nur die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung sein. Wir haben ein Recht darauf, zu fordern, daß im Geiste dieser Bestimmung gehandelt wird.

In der Kohlenfrage sind wir nicht hinter dem zurückgeblieben, was verlangt wird. Unablässig ist im Kohlenbergbau gearbeitet worden. Die deutschen Wirtschaftsinteressen haben zurückgehen müssen. Dagegen wird bei uns ein Hochseien nach dem anderen ausgebläht. Industrie und Verkehr leiden schwere Not und die Zahl der Arbeitslosen wächst bedenklich. Überall die schwersten Bedrängnisse, überall schwere, unlösbare Aufgaben. Am handgreiflichsten zeigt sich unsere Bedrängnis in den Besatzungsgebieten. Trotz des hohen Preises der Ausgaben der Besatzung. Geht das so weiter, so frisst der französische Militarismus mit dem Rest des deutschen Wohlstandes auch die letzten Hoffnungen Frankreichs auf Reparation.

In Spanien wurde uns gesagt, daß die Frage der Reparation behandelt werden soll. Wir warten heute noch darauf. Auf der Gegenseite hat man geradezu phantastische Ziffern angekündigt. Wir wissen heute noch nicht einmal, welche Grenze Deutschland endgültig haben wird. Das Schicksal Oberschlesiens hängt noch der Entscheidung. Der polnische Vergroßerungswahn bemüht sich mit den brutalsten Mitteln um diesen alten deutschen Besitz. Es heißt, daß Kräfte am Werke sind, um die unbefristete Entschädigung zu verhindern. An die Alliierten ergeht die Aufforderung, jede Gewalt abzuwehren. Wir hoffen, daß unsere Landsleute in Oberschlesien trenn zum Rechte halten werden. Den besonderen Verhältnissen Oberschlesiens werden wir Rechnung tragen. Dem Reichstag wird ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der der ober-schlesischen Bevölkerung das Recht einräumt, über ihre bundesstaatliche Selbstständigkeit zu bestimmen. Was die Oberschlesier von den polnischen Versprechungen zu halten haben, wissen sie ja selbst.

Der Reichskanzler forderte dann weitgehende Sparmaßnahmen des deutschen Volkes. Kein faules Glied könne in unserer Wirtschaft geduldet werden. (2) Das Regierungsprogramm geht dahin, in der Industrie und Landwirtschaft alle Kräfte zur Wiederherstellung der deutschen Arbeitsfähigkeit mobil zu machen, um den höchsten Leistungspunkt zu erreichen, unsere Verkehrspolitik zu sanieren, unsere Finanzen zu ordnen und eine Arbeiterpolitik nach modernen und sozialen Grundsätzen zu treiben. In der Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus wird die Regierung Ausgängen des Kohlenrats und des Reichswirtschaftsrates sorgfältig erwägen. Die Vorlage wird dem Reichstag nächstens vorgelegt. Die Reichstagswahlen in den Abstimmungsgebieten werden gemeinsam mit den provinziellen Landtagswahlen stattfinden. Sollten diese sich verzögern, so finden die Reichswahlen zum Reichstag früher statt. Das Zusammengehörigkeitsgefühl im Volke ist stärker geworden, das beweisen die Abstimmungen in den Grenzgebieten und in Kärnten. Wir müssen jetzt alle Kräfte zu positiver Arbeit zusammenfassen.

Reichsfinanzminister Dr. Brügel: Es ist unerhört, daß unsere Löhne immer noch nicht festgesetzt sind. Wir sind noch immer im Ulgewässer. Wir befinden uns in einer Oklaverei. — Der Kaiser bespricht dann das Ergebnis der Konferenz von Brüssel. Es genügt nicht, daß die Arzge

die Ursache der Krankheit feststellen, sie müssen auch die Mittel zur Behandlung angeben. Die in Brüssel aufgestellten Forderungen der Sparsamkeit sind für Deutschland nicht neu. Das deutsche Sparprogramm war schon vor Brüssel fertig. An Steuerbewilligungen hat kein Staat so viel getan wie Deutschland. Eine Gesundung ist aber erst möglich, wenn eine klare Festlegung der deutschen Leistungen und der deutschen Leistungsfähigkeit gegeben ist. Prüfen Sie den Etat an allen Ecken, aber arbeiten Sie rasch. Auch die Besatzungsvorlage muß möglichst rasch erledigt werden. Es ist Lebensfrage, daß wir möglichst rasch eine einheitliche ausreichende Besatzungsreform im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden durchführen können. Mit dem Grundsatz von Reichsausgaben für Ernährungszwecke muß möglichst bald gebrochen werden. An Brotgetreide brauchen wir Zuschüsse von 2 Millionen Tonnen, neue Beamtenforderungen sind weiter angemeldet. Zwei Grundprobleme beschäftigen uns vor allem: Die Möglichkeit, für die Bevölkerung das notwendige Brot zu schaffen und auch dafür zu sorgen, daß auch das geistige Leben Deutschlands nicht ganz zum Stillstand kommt. Forschungsinstitute, Akademien und Universitäten müssen mit Reichsmitteln unterstützt werden.

### Ex oriente lux.

Von Karl Kautsky.

Gegenwärtig (im Gegensatz zum Jahre 1848) kann man annehmen, daß nicht nur die Slaven in die Reihe der revolutionären Völker getreten sind, sondern daß sich auch der Schwerpunkt des revolutionären Gedankens und der revolutionären Tat immer mehr und mehr zu den Slaven verschiebt. Das revolutionäre Zentrum verschiebt sich von Westen nach Osten. In der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts lag es in Frankreich, zeitweise in England. Im Jahre 1848 trat Deutschland in die Reihe der revolutionären Nationen. Das neue Jahrhundert beginnt mit solchen Ereignissen, die auf den Gedanken bringen, daß wir einer weiteren Verschiebung des revolutionären Zentrums entgegengehen, nämlich seiner Verschiebung nach Rußland. . . . Rußland, das so viel revolutionäre Initiative aus dem Westen geschöpft hat, ist jetzt vielleicht selbst bereit, für diesen zu einer Quelle der revolutionären Energie zu werden. Die einfache russische revolutionäre Bewegung wird vielleicht zu einem mächtigen Mittel werden, um jenen Geist der verknöcherten Philistrie und des nächtlichen Politikalsteriums auszutreiben, der sich in unseren Reihen breit zu machen beginnt (1) und von neuem die Kampfslust und die Hingebung für unsere großen Ideale zur hellen Flamme auflockern zu lassen.

Rußland hat längst aufgehört, für Westeuropa ein einfaches Bollwerk der Reaktion und des Absolutismus zu sein. Jetzt ist vielleicht gerade das Umgekehrte der Fall. Westeuropa wird zum Bollwerk der Reaktion und des Absolutismus in Rußland. . . . Mit dem Jaren waren die russischen Revolutionäre vielleicht schon lange fertig geworden, wenn sie nicht gleichzeitig auch gegen seine Verbündeten — das europäische Kapital — kämpfen müßten. Können wir hoffen, daß es ihnen gelingen wird, mit beiden Feinden fertig zu werden, und daß die neue „heilige Allianz“ schneller zusammenbrechen wird als ihre Vorgängerinnen. Über welchen Ausgang der gegenwärtige Kampf in Rußland auch nehmen wird, das Blut und die Leiden der Märtyrer, deren er leider mehr als genug erzeugt wird, werden nicht vergeblich sein. Sie werden die Triebe der sozialen Umwälzung in der ganzen zivilisierten Welt befruchten und sie zu üppigerem und schnellerem Wachstum bringen. Im Jahre 1848 waren die Slaven der strenge Feind, der die Blüten des Völkerrühms fachte. Biecht ist es ihnen jetzt bestimmt, zu dem Sturme zu werden, der das Eis der Reaktion brechen, den Völkern einen neuen glücklichen Frühling bringen wird.

(1) Das hat Kautsky — 1902 geschrieben, als er noch Marxist und kein Sozialist war. Denn, wo selbst Sozialisten sich gegen die proletarische Regierung Rußlands wandten, was war sie dann erinnernd. Es heißt dabei: „Der Osten kommt das Licht“

Der Finanzminister gibt dann einen Überblick über die Einnahmeverhältnisse des Reiches. Die Lage des Reiches ist überaus schwierig. Es ist nicht notwendig, daß man ein so hartes Los nimmt. Daran werden wir alles daran setzen, um gegen dieses erbarmungslose Schicksal zu kämpfen und es zu weichen zu bringen. Wenn Post und Eisenbahn ihre Preise so erhöhen könnten, wie die Industrie, so würden die Betriebsverhältnisse im Selbe schwimmen. Die Betriebsverhältnisse leiden außerordentlich unter der schematischen Durchführung des Abfuhrvertrages. Es muß wenigstens gearbeitet werden. Eine Aussetzung von 6 Stunden genügt nicht. Die Steuererhebung kann auch nicht abgeschloffen sein. Sogar über müssen die bestehenden Steuererhebungsmittel dengefordert werden, sonst bleiben die Einnahmen auf dem Papier stehen. Die Moral muß gehoben werden, wenn die Steuern eingehen sollen. (Abg. Mittelmann ruft: Wie ist es mit dem jüngsten Finanzminister?) Auch vor dieser Partei wird die Unternehmung keinen Halt machen. Zur Fortschreibung einer sparsamen Wirtschaft muß die Stellung des Finanzministers geklärt werden.

Der Finanzminister läßt eine Rede zum Reichstagsanfang an, durch die ein großer Teil des Reichstages sofort hinweg gemacht werden soll. Auf dem Gebiet der Wirtschaft müssen wir zu Latein sprechen. Verzeihung daß nicht in unsern Ohren eingang haben. Über die Güter unserer Gelehrten müssen wir vorwärts rücken, den Licht und der Freiheit entgegen.

### Unentgeltliche Wohnung und Verpflegung in Sowjetrußland.

Kopenhagen, 22. Oktober. Ein Detachement des Rates der Volkskommissare gibt — nach einer Meldung des „Daily Herald“ — den Arbeitern und Angestellten sozialistischer Staatsbetriebe, den Sowjetbeamten, allen Kriegswunden und Arbeitsinvaliden, den Frauen und Kindern und Eltern der Angehörigen der Roten Armee und der Roten Flotte, allen Personen, die nach der Arbeit des Volkskommissariats für Gesundheitswesen stehen,

darunter Frauen, die ihrer Entbindung entgegen sehen, das Anrecht auf unentgeltliche Verpflegung, die gegen Karten der ersten zwei Kategorien verteilt werden sollen. Diese Personen sollen auch unentgeltliche Wohnung in nationalisierten und municipalisierten Gebäuden, Beheizung, Beleuchtung, Wasserversorgung, Telefon und Reinigung erhalten.

### Unentgeltliche Straßenbahn in Petersburg.

Petersburg, 18. Oktober. In Anbetracht dessen, daß die Petersburger Straßenbahn den Verkehrsbedürfnissen der Petersburger Gesamtbevölkerung nicht gewachsen ist, ist die unentgeltliche Benutzung der Straßenbahn beschlossen worden, jedoch wird die Zahl der Passagiere auf das Notwendigste beschränkt werden.

### Amnestie.

Moskau, 20. Oktober. („Koska Wien.“) Das Petrograder Volkskommissariat für Justiz sammelt Material und Listen für eine Amnestie, welche am Tage der dritten Jahresfeier der proletarischen Revolution erlassen werden soll.

Helsingfors, 23. Oktober. Die Petersburger „Iswestija“ veröffentlicht einen Brief des Mitglieds des revolutionären Kriegsrats der Südfront, Gussen, der „Der Anfang der Niederlage Wrangels“ überschrieben ist. Gussen meint, daß der 14. Oktober der entscheidende Kampftag gewesen sei. An diesem Tage gelang es den Roten Truppen die Weißen zu schlagen und sie gegen Nikopol in der Gegend von Kachowka zurückzudrängen. Der Verfasser ist der Ansicht, daß nunmehr an der Südfront eine neue Phase eingetreten sei, dank der Ankunft frischer Roter Infanterietruppen und neuer Kavallerieabteilungen, die aus verschiedenen Gegenden Sowjetrußlands an die Wrangelfront geworfen worden sind.

### Ein sozialistisches Rotes Kreuz.

Bukarest, 28. Oktober. „Koska Wien.“ In Rumänien wurde ein sozialistisches „Rotes Kreuz“ gegründet, dessen Aufgabe im Beschaffen von Kleidern, Lebensmitteln und Medikamenten für die Verhafteten Groß-Rumäniens besteht. Im ganzen Lande wurden große Geldbeträge gesammelt, um den Familien der Squaransopfer (politische Polizei) ausgiebige Hilfe leisten zu können. Der 7. November, der Tag, an dem die russische proletarische Revolution ausgebrochen ist, ist vom Zentralkomitee der S. R. K. mit Zustimmung des Komitees der rumänischen sozialistischen Partei als Propagandtag in ganz Rumänien erklärt worden.

### Sonth-Bayern.

II. W.B. meldet: Auf eine Anfrage der Sozialdemokraten im bayerischen Landtag, wie es sich mit den angeblichen unerlaubten Waffentransporten verhalte, denen man seinerzeit in der Bahnhofsstation Moosach bei München auf die Spur gekommen sei, teilte das Staatsministerium des Innern mit, daß es sich auf Grund der gepflogenen Erhebungen nicht um gefährliche Waffentransporte (1) handele und daß es auch nicht richtig sei, daß von den zuständigen Behörden nichts unternommen wurde. Was die in der Anfrage weiter erwähnten Wagen betreffe, die seit drei Wochen in München stehen und Waffen enthalten sollen, so handelt es sich offenbar um zwei in Moosach eingetroffene Wagen, die für die Landesleitung der Einwohnerwehren bestimmt waren und auch Patronen für das Landesgeschütz enthielten. Die Wagen gerieten versehentlich unter andere leere Wagen, wodurch die Entladung verzögert wurde. Die Waffen waren also für die Einwohnerwehren bestimmt!

### Reichsbürgerrat.

Meldung: Am 23. und 24. Oktober d. J. fanden in Berlin Beratungen des Präsidiums und des Präsidialrates des Reichsbürgerrates statt. Man beschäftigte sich dabei n. a. auch mit der kommunistischen Bewegung. Die Beratungen waren sich, der „Dtsch. Zig.“ zufolge, darüber einig, daß der offenen Kampfandienung der radikalen Sozialisten gegenüber eine wesentliche Verstärkung der Front aller verfassungstreuen Staatsangehörigen geschaffen werden müsse. Im Laufe der Beratungen wurde auch das Verhältnis zu der Organisation Eiserich erörtert. Es bestand Einigkeit darüber, daß eine Verschmelzung der Organisation Eiserich mit der Bürgerratsbewegung nicht in Frage komme, daß aber ein Zusammenarbeiten in gemeinsamen Programmpunkten möglich und notwendig sei. Reichsbürgerrat und Orgeß Hand in Hand gegen das Proletariat!

### Was Deutschland zahlen soll.

Der Genfer Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ berichtet, daß dem „New York“ zufolge die englische Regierung vor schlägt, die deutsche Gesamtschuld an die Alliierten auf 12 Milliarden Goldfrank gleich 300 Milliarden Goldfrank festzusetzen. Diese Summe soll im Verlauf von 40—45 Jahren abgezahlt werden. Nach den Beschläffen von Spaan würde Frankreich von dieser 52 Prozent gleich 156 Milliarden Goldfrank erhalten.

### Das Deutschland zahlen soll.

Der Genfer Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ berichtet, daß dem „New York“ zufolge die englische Regierung vor schlägt, die deutsche Gesamtschuld an die Alliierten auf 12 Milliarden Goldfrank gleich 300 Milliarden Goldfrank festzusetzen. Diese Summe soll im Verlauf von 40—45 Jahren abgezahlt werden. Nach den Beschläffen von Spaan würde Frankreich von dieser 52 Prozent gleich 156 Milliarden Goldfrank erhalten.

**Haben Sie** schon die „Schles. Arb.-Ztg.“ bei Ihrer Postanstalt bestellt, damit Sie das Organ der U. S. S. schnell und regelmäßig erhalten? Schreiben Sie diesen Satz aus:

**Zeitungsbestellung**

Bestellen Sie sich mit der Bestellung, denn jede Nummer der „Schles. Arb.-Ztg.“ bringt eine Fülle von interessantem Lesestoff!

**Postamt**

**Hier:**

Bestellen Sie sich mit der Bestellung, denn jede Nummer der „Schles. Arb.-Ztg.“ bringt eine Fülle von interessantem Lesestoff!

# Heute abend 7 Uhr Goldschmidt-Versammlung im Kronprinz.

## Republik Deutschland

### Der Kampf um die sogenannte Sozialisierung der Kohle.

Ortsgruppe Chemnitz des Verbandes sächsischer Industrieller nahm folgende Resolution an:

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Industrie, die mit dem Mangel an Brennstoffen immer weiter steigt, fordert gebieterisch 1. die Abänderung des Abkommens von Spa, und zwar Herabsetzung der Lieferungsmenge auf die von zu hörenden Sachverständigen als äußerst zulässig bezeichnete Höchstmenge, Festsetzung der zu liefernden Kohlenarten entsprechend den Lebensbedürfnissen unserer Industrie, besonders der Eisenindustrie, 2. die Ablehnung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Die trostlose wirtschaftliche Lage Deutschlands gestattet ein derartiges Experiment mindestens gegenwärtig nicht und muß daher unterbleiben. Die sächsische Industrie wartet daher die Reichsregierung eindringlich, diesen Weg zu beschreiten.

Die „Freiheit“ schreibt:

Bei der entscheidenden Frage der Sozialisierung (es ist ja gar keine. Red. d. Arb.-Ztg.) des Kohlenbergbaues enthält sich auch der zweideutige Charakter des Reichswirtschaftsrats, dessen Tätigkeit die Arbeiterschaft mit großem Mißtrauen begegnet. Er begann am Montag die Beratung der Entwürfe der Sozialisierungskommission über die Sozialisierung der Kohlenbergwerke. Die Verhandlung wurde mit der Erklärung des Vorsitzenden eröffnet, daß der Reichswirtschaftsminister — bekanntlich ist das gegenwärtig der Volkspartei Dr. Scholz, der nicht weiß, welcher Meinung er ist — seine Stellungnahme im Ausschuss nicht zur Geltung bringen werde.

Im übrigen zeigten die Verhandlungen den großen Gegensatz, der in dieser Frage zwischen den beiden Klassen der Gesellschaft herrscht. Die Arbeitervertreter ließen durch den Steiger Werner die Erklärung abgeben, sie seien sich darüber klar, daß im Ausschuss nicht die Frage zu besprechen sei, ob sozialisiert werden solle oder nicht, sondern es sollte nur die praktische Ausführung der Vorschläge der Sozialisierungskommission erörtert werden. Werner selbst sprach sich für den Vorschlag I aus. Der Vorsitzende Eder von Braun ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß er sich nicht daran hindern lassen werde, auch über das D b zu sprechen. Die übrigen Arbeitervertreter stellten sich im wesentlichen auf den Standpunkt von Werner, ohne daß sie jedoch alle mit der gleichen Entschiedenheit für den Vorschlag I eintraten. Stinnes betonte die Notwendigkeit der Produktionssteigerung und will den Impuls des Unternehmers im Wert erhalten. Er warnte vor der Zentralisierung und suchte im übrigen den großen Gegensatz der beiden Klassen durch die Erklärung zu vertuschen, daß auch er an der Erfüllung der Arbeiterwünsche mitarbeiten werde.

Der gemeinsame Ausschuss des Reichswirtschafts- und des Reichskohlenrates hat die Einsetzung eines Unterausschusses von sieben Mitgliedern zur Herbeiführung einer Verständigung in der Frage der Sozialisierung der Bergwerke beschlossen. Von Seiten der Arbeitgeber werden Stinnes, Dr. Silberberg und Generaldirektor Bögler, von Seiten der Arbeitnehmer Wagner,

Werner und Imbusch und als Vertreter der Abteilung 3 Dr. Berthold bestimmt.

Die Sozialisierungsfrage ist zu einer Ausschuss-Angelegenheit geworden. Natürlich!

### Fleisch.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch hat für die Massen unerträgliche Zustände geschaffen. Die Preissteigerung für Fleisch ist weit erheblicher als selbst Pessimisten angenommen haben. Die Läden sind zwar gegenwärtig mit Fleisch überfüllt, so daß diejenigen, die nur nach diesem äußeren Eindruck urteilen, zu der Meinung kommen, Deutschland schwimme im Fleischüberschuß. Es ist deshalb nicht unverständlich, daß der Berliner Korrespondent des Pariser „Intransigeant“ behauptet, in Deutschland sei jetzt so viel Fleisch zu haben, wie man nur wünsche. Der deutsche Markt sei übersättigt davon. Wenn der Staat eine gerechte Verteilung vornehmen würde, so könne sich in Deutschland jedermann satt essen.

Darauf antwortet ihm die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: „Der französische Journalist hat sich wahrscheinlich, wie so mancher seiner Kollegen, wieder einmal nur die Speisefarten teurer Hotels und die Auslagen der Feinkostgeschäfte angesehen, ohne zu wissen oder wissen zu wollen, daß die dort geforderten Preise nur der Schieber oder der Ausländer, der die Tasche voll Franken oder Dollars hat, anlegen kann, während so gut wie alle deutschen Familien höchstens einmal in der Woche sich ein bißchen Fleisch leisten können. Gewiß ist infolge der Aufhebung der Fleischzwangswirtschaft zunächst mehr Fleisch in den Läden der Großstädte sichtbar geworden, aber Nutzen haben davon nur die zahlungsfähigsten Kreise. Die breite Allgemeinheit bekommt heute vorläufig weniger Fleisch als unter der Zwangswirtschaft.“

Wir können uns ausnahmsweise dieser Meinung des Stinnesblattes im wesentlichen anschließen, denn seine Zurückweisung der falschen Anschauungen des französischen Korrespondenten ist die schärfste Verurteilung der jetzigen Ernährungspolitik, die durch ihre Maßnahmen weder eine bessere, noch eine billigere Versorgung der Bevölkerung erreicht hat, dafür aber eine schrankenlose Vergrößerung der Not gerade derjenigen Schichten, die des Schutzes am meisten bedürfen.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft weist in einem Rundschreiben an die Landesregierungen darauf hin, daß sich die Ablieferungen von Brotgetreide trotz der Gewährung der Frühbruchprämie als durchaus unbefriedigend erweisen und insbesondere in den letzten Wochen außerordentlich nachgelassen haben. Die Verwaltung erklärt begründet, daß die Landwirtschaft mit der Ablieferung 8 zurückhalte oder zu einem Teil ihre Vorräte an den Schleichhandel abgebe. Die Landesregierung wurde deshalb ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Landwirtschaft ihrer Ablieferungspflicht nachkommt. — „Hinzuhilfen“ ist gut; aber wie? — Bisher haben die Agrarier alle Trümmer in der Hand und man bemüht sich von „oben“ lebhaft, sie ihnen zu lassen.

### Zum Wiederaufbau des Kapitalismus.

Der Reichstag hat in seiner Wintersession eine große Anzahl von Gesetzen zu erledigen, die zum größten Teil die Festigung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung in Deutschland zum Ziele haben. Die von der Nationalversammlung so energig praktizierte Methode, diesen Wiederaufbau auf Kosten des Proletariats zu vollziehen, soll vom Reichstag in größerem

Umfange fortgesetzt werden. Außer Gesetzen zur Ausführung der Verfassung (Volksentscheid, Staatsgerichtshof usw.) sind eine große Anzahl von sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gesetzen zu beraten, die tief in das Koalitionsrecht, Streikrecht und die Gestaltung unseres Wirtschaftslebens überhaupt eingreifen. Die wichtigsten Vorlagen sind folgende:

- Entwurf eines Gesetzes über die gemeinwirtschaftliche Neuordnung des Kohlenbergbaues,
- Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Elektrizitätsgesetz,
- Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Betriebsrätegesetzes (Vertretung im Aufsichtsrat),
- Entwurf eines Gesetzes über Annahme der Beschlüsse der ersten Hauptversammlung der internationalen Organisation der Arbeit in Washington im November 1919,
- Entwurf eines Baufortenausgleichsgesetzes,
- Entwurf einer Reichshöchstmieteordnung,
- Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes,
- Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes,
- Entwurf einer Schlichtungsordnung,
- Entwurf eines Arbeitsstärkengesetzes,
- Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung von Pflichtverbänden der Krankentassen,
- Entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung,
- Entwurf einer Verordnung betreffend Änderung der Verordnung zur Regelung der Eigenwirtschaft,
- Entwurf von Gesetzen zur Ausführung des Artikels 166 der Reichsverfassung (Bezirkswirtschaftsräte und endgültiger Reichswirtschaftsrat),
- Entwurf eines Gesetzes über die Betriebsbilanz usw.,
- Entwurf eines Gesetzes betreffend Ergänzungen und Regelung von Bezügen der Pensionäre und Hinterbliebenen (Pensionsergänzungsgesetz).

Zu diesen für die Arbeiterschaft besonders wichtigen Vorlagen kommen noch einige Handels- und Wirtschaftsverträge mit auswärtigen Staaten, Beamtengeetze, das Disziplinargesetz für die Reichswehr, die völlig der reaktionären Offiziersklique angeliefert werden soll und andere Gesetze von geringerer Bedeutung.

### Sie wollen einen starken Kaiser haben.

Inmitten schwarz-weiß-roten Flaggenschmucks und unter dem Prangen der alten Fahnen aller deutschen Bundesstaaten, begann am Sonntag in Hannover der Parteitag der Deutschnationalen. Hoch zu Häupten flatterte auf schwarz-weiß-rottem Grunde der mit Zepher und Reichsapfel ausgestaffte Reichsadler wilhelminischer Zeiten. Staatsminister a. D. Hergt betonte in dem von ihm erstatteten Geschäftsbericht, alle in letzter Zeit stattgefundenen Parteitage anderer Parteien hätten mit einem Fiasko geendet, die Deutsche Volkspartei ohne Schwung, die Rechtssozialisten nur mit Scheinfolgen, die Unabhängige Partei zusammengebrochen. Dagegen erwarte die ganze Welt vom Deutschnationalen Parteitag einen Fortschritt und eine Entscheidung. Der Stresemannpartei fehlte trotz allen Abschwächens der erste Wille zu einer klaren Stellungnahme gegenüber dem Marxismus. Minutenlanger Beifall ertönte, berichtet die „Deutsche Zeitung“, als der Redner an erster Stelle feststellte, der Standpunkt der Deutschnationalen sei, daß Deutschland keine besseren Verhältnisse bekomme, bis die Monarchie wieder eingeführt sei. Die Monarchie habe zu sparen verstanden, habe ihre Finanzen in Ordnung gehalten, habe eine untadelige Beamtenchaft besessen und sei allein imstande, aus dem Chaos herauszuführen.

Ebenfalls stürmischen Beifall erhielt die weitere Mitteilung des Redners, daß man die Preußenfrage in den Mittelpunkt der Verhandlungen gestellt habe unter dem Gesichtspunkt: „Hand weg von unserem alten, guten Preußen“. Die Preußenfrage sei heute eine Reichsfrage, mögen die

## Rosa Luxemburg

### Briefe aus dem Gefängnis.

(Fortsetzung.)

Richten Sie an Pfemfert meinen herzlichsten Dank für den Galsworthy aus. Ich habe ihn gestern zu Ende gelesen und freue mich sehr darüber. Dieser Roman hat mir freilich viel weniger gefallen als „Der Reiche Mann“, nicht trotzdem, sondern weil die soziale Tendenz dort mehr überwiegt. Im Roman schau ich nicht nach der Tendenz, sondern nach künstlerischem Wert. Und in dieser Beziehung stört mich in den „Weltbrüdern“, daß Galsworthy zu geistreich ist. Das wird Sie wundern. Aber es ist derselbe Typ wie Bernhard Shaw und auch wie Oscar Wilde, ein jetzt in der englischen Intelligenz wohl stark verbreiteter Typus: eines sehr geistreichen, verfeinerten, aber blasphemischen Menschen, der alles in der Welt mit lächelnder Skepsis betrachtet. Die feinen ironischen Bemerkungen, die Galsworthy über seine eigenen personae dramatis mit dem ernstesten Gesicht macht, lassen mich oft laut aufschauen. Aber wie wirklich wohlwollende und vornehme Menschen nie oder selten über ihre Umgebung lästeln, wenn sie auch alles Lächerliche bemerken, so ironisiert ein wirklicher Künstler nie über seine eigenen Geschöpfe. Wohlverstanden, Sonntags, das schließt die Satyre großen Stils nicht aus! Zum Beispiel „Emanuel Quint“ von Gerhart Hauptmann ist die blutigste Satyre auf die moderne Gesellschaft, die seit hundert Jahren geschrieben worden ist. Aber Hauptmann selbst grinst dabei nicht; er steht zum Schluß mit bebenden Lippen und weit offenen Augen, in denen Tränen schimmern. Galsworthy dagegen winkt auf mich mit seinen geistreichen Zwischenbemerkungen, wie ein Tischgenosse, der mir auf einer Soirée beim Eintreten jedes neuen Gastes in den Salon eine Raillerie über ihn ins Ohr flüstert. .... Heute ist wieder Sonntag, der tödlichste Tag für Gefangene und Einsame. Ich bin traurig, wünsche aber sehr, daß Sie es nicht sind und Karl auch nicht. Schreiben Sie bald, wann und wohin Sie endlich zur Erholung gehen. Ich umarme Sie herzlichst und grüße die Kinder.

Ihre Rosa.

Kann Pf. mir nicht noch etwas Gutes schicken? Vielleicht etwas von Th. Mann? Ich kenne noch nichts von ihm. Koch eine Bitte: die Sonne fängt an, mich im Freien zu blenden; vielleicht schicken Sie mir im Briefstüberl 1 Meter dünnen schwarzen Schleier, mit zerstreuten schwarzen Punkten! Vielen Dank im Voraus.

Brontë, 19. 4. 17.

Ich habe mich gestern über Ihren Kartengruß herzlich gefreut, obwohl er so traurig klang. Wie möchte ich jetzt bei Ihnen sein, um Sie wieder zum Lachen zu bringen, wie damals nach Karls Verhaftung, als wir beide — wissen Sie noch? — im Café Fürstenhof durch unsere übermäßigen Nachsalven einiges Aufsehen erregten. Wie war das damals schön — trotz alledem! Unsere tägliche Jagd am frühen Morgen auf ein Automobil auf dem Potsdamer Platz, dann die Fahrt zum Gefängnis durch den hübschen Tiergarten in die stille Lehrtter Straße mit den hohen Käufern, dann auf dem Rückweg das obligate Absteigen im Fürstenhof, dann ihr obligater Besuch bei mir in Südbende, wo alles in der Knippracht stand, die gemächlichen Stunden in meiner Küche, wo Sie und Mini am weißgedeckten Tischchen geduldig auf die Erzeugnisse meiner Kochkunst warteten (wissen Sie noch die feinen Haricots verts à la Parisienne? ....). Zu alledem habe ich die lebhafteste Erinnerung eines unveränderlich strahlenden heißen Wetters, und nur bei einem solchen hat man ja das richtige freundliche Frühlingsgefühl. Dann Abends meine obligaten Besuche bei Ihnen, in Ihrem lieben Zimmereck — ich habe Sie so gern als Hausfrau, das steht Ihnen so besonders lieb, wenn Sie mit Ihrem Nachschickgärtchen am Tisch stehend, Tee einschenken — und schließlich um Mitternacht unsere gegenseitige Begleiterei nachhause durch die dunklen dunken Straßen! Erinnerung Sie sich noch der fabelhaften Mondnacht im Südbende, in der ich Sie heimbegleitete und uns die Häusergiebel mit ihren schwarzen Konturen auf dem Hintergrund der süßen Himmelsbläue wie alte Ritterburgen vorliefen?

Sonntags, so möchte ich ständig um Sie sein, Sie zerstreuen, mit Ihnen plaudern oder schweigen, damit Sie nicht in Ihr düsternes verzweifertes Dürken verfallen. Sie fragen in Ihrer Karte: „warum ist alles so?“ Sie sind, „so“ ist eben das Leben seit jeher, alles gehört dazu: Leid und Trennung und Sehnsucht. Man muß es immer mit allem nehmen und alles schön und gut finden. Ich tue es wenigstens so. Nicht durch ausgeklügelte Weisheit, sondern einfach so aus meiner Natur. Ich fühle instinktiv, daß das die einzige richtige Art ist, das Leben zu nehmen und fühle mich deshalb wirklich glücklich in jeder Lage. Ich möchte auch nichts aus meinem Leben wissen und nichts anders haben, alles es war und ist. Wenn ich Sie doch zu dieser Lebensauffassung bringen könnte! ....

Ich habe Ihnen noch nicht für das Bild Karls gedankt. Wie haben Sie mich damit erfreut! Es war wirklich das schönste Geburtstagsgeschenk, das Sie mir geben konnten. Es steht im guten Rahmen auf dem Tisch vor mir und verfolgt mich überall mit seinen Blicken. (Sie wissen, es gibt Bilder, die einen anzuschauen scheinen, wo man sie auch hin stellt.) Das Bild ist ausgezeichnet getroffen. Wie muß Karl sich jetzt über die Nachrichten aus Rußland freuen! Aber auch Sie persönlich haben Grund, fröhlich zu sein: nun wird ja der Reize Ihrer Mutter zu Ihnen wohl nichts im Wege stehen! Haben Sie das schon ins Auge gefaßt? Ich erwünsche ich dringend Sonne und Wärme herbei. Hier steht noch alles erst in Knospen und gestern hatten wir Schneegrampen. Wie mag es wohl in meiner „süßlichen Landschaft“ in Südbende aussehen? Voriges Jahr standen wir beide dort vor dem Gitter und Sie bewunderten die Fülle des Forns. .... Sie sollten sich nicht mit Briefen abqualen. Ich will Ihnen häufig schreiben, mir genügt aber vollkommen, wenn Sie einen kurzen Gruß auf einer Postkarte schicken! Seien Sie viel im Freien, botanisieren Sie viel. Haben Sie den kleinen Blumenatlas von mir mit? Seien Sie ruhig und heiter, Liebste, alles wird gut gehen! Sie werden sehen!

Ich umarme Sie vielmals und herzlich stets Ihre

Rosa.

(Fortsetzung folgt.)

